

NEUSTADT-KURIER



16. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven



Oktober 1989



Herzlich bedankte sich die Neustadter CSU durch ihren Ortsgeschäftsführer J. W. Heike bei Staatssekretär Dr. Günther Beckstein für dessen Besuch in der "Bayerischen Puppenstadt". Selbstverständlich erhielt der Referent als Andenken eine Puppe aus der heimischen Industrie, die er seiner Frau mitbringen wollte, weil diese Puppen sammle. (v. l. n. r. Staatssekretär Dr. Beckstein, CSU-Ortsgeschäftsführer J. W. Heike, Bürgermeister Bernd Häfner, PAK-Vorsitzender Klaus-Dieter Zerwers, Dörfles und Stadtrat Leonhard Weitz)

Schutz für Alle!

Im dritten Anlauf klappt es endlich: Dr. Günther Beckstein, MdL und Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, kam nach Neustadt. Auf Einladung der CSU besuchte er zunächst die Grenzpolizeistation in Neustadt, wo er vom Inspektionsleiter Hauptkommissar Leonhard Weitz, dem Stationsleiter Hauptkommissar Roland Pyka, den Stationsleitern und deren Vertretern aus dem gesamten Landkreis begrüßt wurde. In einem langen Gespräch konnten die Beamten, die "an der Basis" tätig sind, ihre Sorgen und Probleme vortragen und beim Staatssekretär auch ein offenes Ohr erleben. Einige Dinge, so Dr. Beckstein, können unbürokratisch sehr schnell gelöst werden. Das größte Problem aller-

dings, die fehlenden Beamten in den Stationen, kann nur langfristig verbessert werden; eine absolute Wunschbesetzung, wie sie Stationsleiter gerne hätten, konnte der Staatssekretär nicht versprechen.

Nach einer Besichtigung an der "Gebrannten Brücke", die Dr. Beckstein noch aus seiner Zeit als JU-Bezirksvorsitzender in Nürnberg kannte, ging es zu einer öffentlichen Versammlung in die Marienburg. Der verantwortliche Staatssekretär für die innere Sicherheit berichtete über die Erfolge der bayerischen Politik, während in Bremen nur 23 % der gemeldeten Straftaten aufgeklärt würden, im Bundesgebiet immerhin 44 % erfolgreich bearbeitet werden könnten, könne man in Bayern auf eine Quote von 60 % stolz sein. Aber

schon bei den Straftaten selbst seien deutliche Unterschiede festzustellen, so würden im Bundesdurchschnitt von 100 Bürgern 7,1 Straftaten begangen, während in Bayern nur 4,7 Straftaten, in Neustadt sogar nur 3,7 Straftaten festgestellt werden könnten. Daher schloß der Staatssekretär, daß die Bevölkerung im oberfränkischen Raum "doppelt so sicher wie im Bundesdurchschnitt" lebe.

Großen Raum nahm die Rauschgiftkriminalität in den Ausführungen des Staatssekretärs ein. Dieses Problem ist existenziell, meinte der Referent und verwies darauf, daß in den ersten acht Monaten dieses Jahres schon nahezu genau so viel Rauschgifttote zu registrieren waren, wie im Jahr 1988. Auch wenn in Bayern die Drogenkriminalität besonders beachtet würde, müsse hier in den bevorstehenden Jahren viel getan werden, da Aufklärung allein nicht ausreichte.

Dr. Beckstein versprach im übrigen, daß es unter einer CSU-Regierung in Bayern keine rechtsfreien Räume geben werde. Eine "Hafenstraße" wie in Hamburg werde es in Bayern nicht geben. Die dortigen offensichtlichen Rechtsverletzungen und deren Duldung durch die Politiker sei katastrophal und würde auf Dauer der Demokratie schweren Schaden zufügen, wenn hier kein Einhalt geboten würde. Es gehe nicht an, daß das Faustrecht oder die Macht des Stärkeren entscheiden dürfe. Abgesehen von den Kosten, die dieses "Projekt" der hochverschuldeten Stadt auferlege, könne auch nicht erkannt werden, daß es irgend einen Nutzen für das Gemeinwesen ergäbe.

-9-

KALENDER

4. Oktober: FU-Stammtisch (Nikolaustag Vorbereitung).

7. Oktober: JU-Besuch der Begegnungsstätte (mit Führung und anschließendem gemütlichen Beisammensein in der Begegnungsstätte).

Stil!?

Es war einmal eine kleine Stadt an der Grenze, deren Mehrheitsfraktion und politische Führung immer wieder danach trachteten, sich aktiv und fortschrittlich darzustellen, denn es standen Kommunalwahlen ins Haus. Nachdem mit dem Repsenbuckel, dem Bratwurstempel und dem Zirkuszelt alles nicht so recht geklappt hatte, stand nun die Einweihung einer Begegnungsstätte auf dem Stadtkalender.

Ein solches Ereignis verdient natürlich einen würdigen Rahmen. So sah sich die politische Führung nach Prominenten um. Es war allerdings fast so, als ob sich eine zweite Grenze aufbauen würde, nämlich die Grenze, die die kleine Stadt von den Ministern trennte. Der Bürger fragte sich nun, warum dies wohl so war. In der Nachbarstadt gaben sich die Minister die Klinke in die Hand, was man neidlos zugestehen mußte. Um unsere kleine Stadt machten sie jedoch einen Bogen, wenn sie nicht persönliche Freundschaften dort pflegten! Vielleicht war es wohl auch so, daß man in der politischen Führung der kleinen Stadt glaubte, keine ministerielle Unterstützung brauchen zu können, da man doch alles sowieso alles besser wußte und konnte. Denn hier wurde absolut regiert!

Vielleicht war es auch nur der viel gerühmte Charme des Oberbürgermeisters, der zur Abstinenz bei Ministern und Staatssekretären führte. So sagte dieser OB anlässlich der Eröffnungsfeier für die "Begegnungsstätte" in Abwesenheit des durch Verkehrsstaus festgehaltenen Staatssekretärs, daß er sich darüber freue, weil so der Staatssekretär erfahre, wie problematisch die Verkehrsanbindung sei. So richtig diese Aussage wohl auch war, so geschmacklos ist es doch einem geladenen Gast gegenüber, noch dazu in einer solchen unverschuldeten Situation.

Ein weiteres Beispiel für das Fingerspitzengefühl zeigte dann die SPD-Fraktion in dieser kleinen Stadt, als sie zur Einweihung der Begegnungsstätte offiziell gerade die Menschen einlud, die die Zerrissenheit unserer Nation zementierten. Sie wollten (oder konnten) die Tatsache nicht erkennen, daß hier auf der einen Seite ein Staat steht, der Freiheit und Demokratie pflegt, während auf der anderen Seite Unterdrückung und Diktatur herrschen.

Nun kam man also bei der SPD auf die Idee, offizielle Vertreter der DDR zur Eröffnung der Begegnungsstätte einzuladen, damit diese sich bei den zu erwartenden Vorträgen und Grußworten verhalten lassen sollten, wie un menschlich und brutal ihre Grenze zum freien Teile

Deutschlands ist. Man war in den SPD-Kreisen dann überrascht, daß die Einladung nicht angenommen wurde. War das nur Schau? Kann das noch als verantwortliche und ernst zu nehmende Kommunalpolitik gewertet werden oder ist dies schon Wahl(r)ampf?

- 3 -

CSU



Lindenstraße – Nächste Fortsetzung!

In der 13. Ausgabe des Neustadt-Kuriers haben wir versprochen, daß das Thema "Lindenstraße" nicht nur als Fernsehserie, sondern auch in Neustadt eine Serienunterhaltung wird. Unsere Vorausschau ist eingetroffen!

Im März 1989 wurde festgestellt, daß eine Ersatzteerung als Übergangslösung in der Lindenstraße vorgenommen worden war. Bauamt und Stadtwerke stritten sich jedoch, wer diese Aufträge erteilt habe. Nach langer Prüfung wurde jetzt, im September 1989 durch den Oberbürgermeister eingeräumt, daß man aus dieser Sache gelernt habe. Hier seien Fehler gemacht worden. Das Bauamt, das behauptete, es habe keine Aufträge erteilt, mußte einräumen, daß sowohl die Rechnungen auf die Stadt Neustadt, Bauverwaltung, ausgestellt worden waren und später handschriftlich auf die "Stadtwerke" umgeschrieben wurden, Regiezetel vorhanden waren, die von einem Mitarbeiter des Bauamtes unterschrieben worden waren und kein schriftlicher Auftrag, (auch von den Stadträten) vorlag. Das "Angebot" der entsprechenden Firma zur Teerung, die insgesamt eine Summe von ca. 40.000,- DM kostete, war ebenfalls an das Stadtbauamt gerichtet.

Dennoch mußte erst das Rechnungsprüfungsamt eingeschaltet werden um überhaupt zu einer Würdigung durch das

Stadtoberhaupt zu gelangen: "Es sind Fehler gemacht worden" (Hellmut Gremmel).

Schön, daß man nunmehr einräumt, daß hier nicht alles richtig lief. Die Gegendarstellung des Oberbürgermeisters Gremmel vom 19.12.1988 wird sicher nun in einem besonderen Licht zu sehen sein, da er die "fehlerhafte und nicht planmäßige Bearbeitung der Baumaßnahme "als falsch bezeichnete und den Abdruck des Satzes verlangte "Richtig ist, daß die Gesamtmaßnahmen planmäßig bearbeitet wurde"...

Nachdem nunmehr Fehler eingeräumt werden, Herr Oberbürgermeister, war ihre Gegendarstellung doch wohl nicht ganz so richtig – oder gibt es verschiedene Auffassungen über das Wort "planmäßig"?

Wir versprechen auch weiterhin, daß die Lindenstraße ein Dauerbrenner in Neustadt sein wird!

- 9 -

Auflage: 7000 Stück

Herausgeber:

W. Heike, Arnoldplatz 9, 8632 Neustadt b. Coburg

Verleger:

CSU-Stadtratsfraktion, vertr. d. d. Vorsitzenden Erich Müller

Verantwortliche Redakteure:

Arno Bätz, Bernhard Häfner, Gerhard Knoch, Dr. Hans Motschmann, Erich Müller, Jürgen Petrautzki, Leonhard Weitz.

Umweltberatung

Das Verwirrspiel um die momentan beschäftigungslosen ehemaligen Umweltberater der Stadt geht in eine neue Runde. Der aktuelle Sachstand war bis zur Stadtratsitzung am 18.09.1989, daß gemäß SPD-Mehrheitsbeschluß lediglich ein Umweltberater weiterbeschäftigt werden sollte. Der OB setzte sich noch ausdrücklich für diese Lösung ein, da nach seiner Meinung zwei Stellen "wirklich zuviel" wären.

Seit dem 18.09.1989 gilt dies alles nicht mehr: Getreu dem Motto "Was interessiert mich mein Geschwätz von Gestern" versuchte nunmehr die SPD in nichtöffentlicher Sitzung die Weiterbeschäftigung beider Umweltberater durchzupfeilsen. Nur durch den massiven Widerstand der CSU-Fraktion, die zunächst auf eine Behandlung in öffentlicher Sitzung bestand, wurde die Entscheidung vertagt. Die SPD-Fraktion kündigte allerdings schon einen entsprechenden Antrag an. Dies bedarf einer kritischen Betrachtung:

Das Verfahren:

Zum ersten Mal wird von einer Parteibasis ungeniert ein Stadtratsbeschluß ausgehebelt. Die Genossen in der SPD-Versammlung haben beschlossen, daß zwei Umweltberater zu beschäftigen sind! Gehorsam reagieren die SPD-Stadträte auf diese Anweisung. Unabhängige Politik zum Wohle der Stadt? Weit gefehlt - Die Partei bestimmt die Marschrichtung! Was fehlt, ist eigentlich nur noch ein Politikkommissar der den Inhalt von Beschlüssen auf ihre Übereinstimmung mit der sozialistischen Ideologie prüft. Und der Oberbürgermeister? Gerade er war es doch, der (auf Grund von Erkenntnissen innerhalb der Stadtverwaltung) den Vorschlag, die Umweltberatung auf eine Stelle zu reduzieren, einbrachte. Auf seine Argumente darf man gespannt sein!

Die Umweltberatung:

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Walter Knauer benutzt gerne ein Schreiben des Umweltministers Dick, der den Sinn von Umweltberatern durchaus bejaht. Sodann empfiehlt er der Neustadter CSU mit schöner Regelmäßigkeit, in Anbetracht der anstehenden Wahlen, den Umweltgedanken mehr zu berücksichtigen. Diese Belehrungen sind absolut unnötig!

Die CSU ist durchaus für eine sinnvolle Umweltberatung, legt aber Wert auf den Begriff "sinnvoll". Es wird abgelehnt, daß die "real existierende Umweltberatung" hier in der Stadtverwaltung Neustadts gepflegt wird. Und damit stehen die Stadträte der CSU schließlich nicht allein". Der Bayerische Umweltminister

hält nämlich, wie viele andere auch, die Ausbildung mit einem 6-wöchigen Lehrgang (zum Beispiel in Mitwitz) für absolut untauglich. Jeder, der die Ergebnisse von zwei Jahren Umweltberatung in Neustadt vorbehaltlos und kritisch würdigt, muß zu demselben Ergebnis kommen. Unverhohlen wird in der Stadtverwaltung selbst von einer "Pannenberatung" gesprochen und eben dies ist dem viel zitierten Umweltgedanken auf Dauer nur abträglich.

● Der Beamte, der feststellt, daß ein vermeintlicher Umweltberater nach einem 6-Wochen-Kursus mehr verdient als nach mehrjährigen Ausbildung;

● der Steuerzahler, der bemerkt, daß die Verantwortlichen in der Stadt Neustadt unkritisch und ohne Kostenbewußtsein jede Kröte schlucken, Hauptsache sie hat den richtigen sozialistischen Stallgeruch;

● aber auch der Unternehmer, der von einer undurchdachten Aktion von Umweltberatern geschädigt wurde

● und nicht zuletzt auch der Arbeiter, der zu Weihnachten mit völlig weltfremden Ratschlägen über sein Weihnachtsmenü belehrt wird.

Sie alle werden eines Tages der Überzeugung sein, daß mit dem Umweltgedanken Schindluder getrieben wurde. Dieser Entwicklung sollten wir entgegenreten, weil dann nämlich tatsächlich der Umweltgedanke Schaden leiden würde. -7-

Arbeiter-Partei?

Es war einmal eine Partei die nannte sich "Die Partei der Arbeiter". Dies war ehrenvoll und in der Frühzeit der Geschichte dieser Partei auch dringend notwendig. Doch langsam aber sicher verkam diese Partei zu einer ganz normalen, von den andern kaum noch zu unterscheidenden Gruppierung: Es waren nicht mehr die Arbeiter, die dort das Sagen hatten, es waren auch nicht die Angestellten, sondern die Funktionäre, die Beamten und Menschen, die glaubten, daß sie "der arbeitenden Bevölkerung" ihr Heil verkünden und auch durchsetzen müßten. Ob dies dann wirklich für den Arbeiter eine so glückliche Zeit darstellte, soll jeder an seinem eigenen Beispiel beurteilen können.

Sicherlich, in jeder Partei wird es Menschen geben, die nicht nur das Interesse am Wohl der Partei haben, sondern auch ihr eigenes Süppchen kochen wollen. Wenn man aber nur Augenschere betreibt, Etikettenschwindel vorführt und die Interessen des Arbeiters gar nicht

ernsthaft verfolgt, weil man sie nicht einmal kennt, so wird dies gefährlich:

In allen Gliederungen der Arbeiterpartei sind die "Vorzeigarbeiter" deutlich in der Minderheit. Nicht mehr die tatsächliche Leistung, die im Schaffen von Produkten aus eigener Hand oder durch eigenen Geiste besteht, wird bevorzugt, sondern vielleicht sogar Schmarotzertum: Unter dem Deckmantel besonderer sozialer Einstellung werden tausende von Mark im Jahr als "Erzieher" verdient oder Ideen produziert, die zunächst angeblich den sozial Schwachen helfen sollen, dann aber dazu führen, daß man an die "Öffentliche Hand", also den Steuerzahler herantritt und sich schön finanzieren läßt.

Wo bleibt eigentlich der selbstbewußte Arbeiter, der durchaus seine Interessenvertretung sucht, aber nicht bevormundet werden will? Die einzige Möglichkeit eines solchen bewußten Staatsbürgers ist wohl die Konsequenz diejenigen zu unterstützen, die für die Allgemeinheit, ohne dabei die Parteibrille zu benutzen, Sorge tragen: Ob Kindergartenerweiterung, Kinderhort oder gar Kinderkrippe, ob Sozialer Wohnungsbau, Unterstützung der Wohnungsbautätigkeit in Neustadt, Senkung der Gewerbesteuer, Unterstützung von Industrieansiedlungen..., all diese Initiativen wurden über Jahre hinweg von der CSU betrieben. Die "Arbeiterpartei" bremste, blockierte und wollte sogar in großen Teilen die Informationserweiterung durch die Schaffung eines Kabelfernsehnetzes verhindern.

Der mündige Bürger und Wähler wird sicherlich seine Entscheidung zu treffen wissen!

Wo sind eigentlich die "Arbeiter" in der Stadtratsliste, die in dieser Partei zur Zeit diskutiert wird? Nach diesen "Gerüchten" würde die Liste folgende Spitzenplätze besitzen:

1. Walter Knauer, Landtagsabgeordneter
2. Klaus Großmann, Lehrer
3. Heike Stegner-Kleinknecht, (?)
4. Arno Martin, Architekt
5. Josef Schober, Maurermeister
6. Albert Koch, Schulrat a. D.
7. Gretel Rank, Hauswirtschaftlerin
8. Heinz Staude, Verwaltungsbeamter a. D.
9. Horst Möhring, Betriebsratsvorsitzender
10. ?, Haarbrücken
11. Renate Gretzbach, Lehrerin
12. Wolfgang Fleischer, Lehrer

Sicher, dies ist noch nicht die endgültige Liste, aber für eine Arbeiterpartei doch wohl kein Aushängeschild! Die Interessen der Arbeiter werden wohl doch am besten von diesen selbst wahrgenommen, die mündigen Arbeiter wissen, wer ihre Interessen vertritt!

3 Tage nach Bonn

Thomas Öhlschlegel, der zur Zeit bei der Bundeswehr seinen Wehrdienst ableistet, war der glückliche Gewinner des Neustadt-Quiz der JUNGEN UNION. Hermann-Albrecht Heß, der Ortsvorsitzende, konnte ihm nunmehr einen Gutschein über eine 3-Tages-Fahrt auf Einladung des MdB Otto Regenspurger überreichen.

Thomas Öhlschlegel wird im Herbst nun die Möglichkeit haben in Bonn "vor Ort" die Politiker zu sehen, verschiedene Ministerien zu besuchen und auch Informationen aus erster Hand zu erhalten. Der Neustadt-Kurier wünscht dem glücklichen Gewinner eine interessante Fahrt und viel Spaß in Bonn!



Anlässlich einer Vorstandssitzung konnte dem Gewinner der Bonn-Reise sein Preis in Form eines Gutscheines überreicht werden, v. l. n. r.: Ortsgeschäftsführer Thomas Heinzler, Gewinner Thomas Öhlschlegel, JU-Kassierer Harald Hofmann und JU-Vorsitzender Hermann-A. Heß bei der Übergabe des Reisegutscheines.

Kurze Beine

Es gibt da einen Spruch, wonach gewisse Tätigkeiten sehr kurze Beine haben sollen. Im letzten Neustadt-Kurier (Nr. 15) verlangte der Oberbürgermeister eine Gegendarstellung in der er behauptet, daß er die Zuständigkeit für den Erlaß und die Änderung der Dienstanweisung habe. Er führte weiterhin aus, daß er "Kraft Gesetzes" die Dienstaufsicht über Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadtwerke habe. Am 26.09. war es nun soweit: Das Arbeitsgericht, das der Leiter der Stadtwerke, Günter Dörr, anrufen mußte, damit er seine seit Jahrzehnten ordnungsgemäße und erfolgreiche Tätigkeit wieder ausüben konnte, behandelte den Fall.

In einem Schreiben am 19.09.1989 trat der OB schon seinen Rückzug an. Er teilte dem Gericht mit, daß es sich bei seiner Änderung der Dienstanweisung vom 25.04.1989 nur darum handelte die Rechtssicherheit zu schaffen, daß dem Oberbürgermeister "das Recht auf Abmahnung und sonstige disziplinarrechtliche Maßnahmen" zustünde. "Nur diese Rechte beansprucht der Oberbürgermeister für sich". Noch am 14.07.1989 las sich das jedoch anders: "Unter der Dienstaufsicht (des OB) ... ist die verantwortliche Überwachung der gesamten dienstlichen und betrieblichen Tätigkeit der Bediensteten zu verstehen..." - hat der

OB etwa diese Erklärung, die er selbst unterschrieb, vergessen?

In der "NEUEN PRESSE" nahm er dahingehend Stellung, daß er behauptete, daß er "die Dienstaufsicht über die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt zu führen habe". Dies gelte auch für die Stadtwerke. Er habe "Fehlleistungen von Bediensteten zu beanstanden und abzustellen" und bedürfe dazu keiner Beschlüsse des Werkssenates und des Stadtrates. Jetzt, im Brief vom 19.09.1989 an das Arbeitsgericht liest sich das jedoch so: "Die seit der Änderung der Dienstanweisung im Vorfeld dieses Rechtsstreites getätigten, teils mißverständlichen Äußerungen, die zu dieser genannten Absicht des Oberbürgermeisters im Widerspruch steht, werden daher für gegenstandslos erklärt..."

Abgesehen davon, daß auch ein Oberbürgermeister Äußerungen nicht für "gegenstandslos" erklären kann, muß ja nunmehr wohl festgehalten werden, daß (wieder einmal) die Rechtsansicht des Herrn Oberbürgermeisters "für gegenstandslos zu erklären ist". Ein Hoch auf diesen Oberbürgermeister, der seine eigenen Äußerungen so behandeln und erneut vom Gericht sich korrigieren lassen muß!

Die Kosten für diesen Rechtsstreit? Wer wird sie wohl zahlen? Herr Oberbürgermeister, bitte übernehmen Sie...! -9-

Wer zahlt?

Nachdem die Auseinandersetzung zwischen dem Neustadt-Kurier und dem Oberbürgermeister vor dem Oberlandesgericht in Bamberg mit einem Vergleich endete, mußte nunmehr die Kostenfrage geklärt werden. Bei diesem Streit hat die Stadt Gerichtskosten und Anwaltsgebühren in Höhe von insgesamt 4.081,26 DM gehabt. Der Neustadt-Kurier hat sich im Vergleichswege bereit erklärt davon 1.136,90 DM zu zahlen, so daß die Stadt 2.944,36 DM aus eigener Tasche zu tragen hat.

Die CSU-Stadtratsfraktion wartet nun interessiert darauf, daß derjenige, der den Streit vom Zaune gebrochen hat, nämlich der Oberbürgermeister, auch diese Kosten selbst trägt, weil er schließlich den Rechtsstreit wollte, die Stadträte überhaupt nicht fragte, sondern nur davon in Kenntnis setzte, daß er im Wege der "Dringlichkeit" seinen Rechtsanwalt beauftragte. Schon im ersten Verfahren, damals beim LG Coburg, hat der Vorsitzende Richter deutlich gemacht, was er von der Prozeßfreudigkeit des Oberbürgermeisters hält: "Ein Streit um des Kaisers Bart" (so G. Bruckmayer, Vorsitzender Richter, Coburg). Ob der streitfreudige Oberbürgermeister auch zahlungsfreudig ist und den Steuerzahler von diesen unnötigen Kosten freistellt und selbst zahlt?

- 3 -

Zu guter Letzt

Es mag ja sein, daß manche Tradition sich überholt. Das Sommerfest der SPD hatte diesmal unter Einigem zu leiden. Wenn man der "NEUEN PRESSE" Glauben schenken kann, so litt das Sommerfest unter einer "unzureichenden Lautsprecheranlage und der mitunter konfusem Thematik des Redners".

Die SPD in Neustadt - auch ihre Sommerfeste sind nicht mehr das, was sie einmal waren!

Selbstbedienung scheint bei Sozialisten groß geschrieben zu werden: Ob der Redner beim SPD-Sommerfest, der Würzburger Oberbürgermeister Zeitler, eigentlich für seinen Dienstwagen der ihn nach Neustadt und zurück brachte, zahlte, oder ob der Steuerzahler dies wohl zahlen muß?

- 9 -

CSU